



Der Kuhhandel

Vermutlich wissen Sie beim Lesen dieser Kolumne mehr über den Ausgang des Hamburger Schulkrieges als der Autor beim Schreiben. Eines allerdings ist sicher: Es wird ein Kuhhandel sein. Und damit wäre man wieder dort angekommen, wo die ganze Sache vor zwei Jahren begann. Die Grünen und die CDU erfinden in den Koalitionsverhandlungen kurzerhand die sechsjährige Primarschule. Mit dem Spruch »Neun macht klug« waren die Grünen in den Wahlkampf gezogen. Ihr Ziel war mit Blick auf ein rot-grünes Bündnis eine »Schule für alle« nach skandinavischem Vorbild. Die CDU hingegen hatte seit 50 Jahren eigentlich nur das eine bildungspolitische Credo: Das heilige Gymnasium ist tabu. Was machte es da schon, dass in dieser Zeit aus einer Fünf-Prozent-Schule eine nahezu 50-Prozent-Schule geworden ist.

Nach der Kreation der neuen Schulform aus dem Stegreif, so ganz ohne Bildungskommission, Modellversuch, wissenschaftliche Begleitung und was sonst Regierungen als Mindestausstattung jeder Reform verlangen, begannen die Koalitionspartner sich in ihr Produkt zu verlieben. Ja, sie schienen zuweilen zu glauben, es wäre der Stein der Weisen. Der wurde mit guten Prinzipien poliert: Abschaffung der Ziffernnoten; Definition von Kompetenzen, die Schüler erreichen, statt Auflistung all der Inhalte, die Lehrer unterrichten sollen. Vor allem die Individualisierung des Lernens wurde ganz groß geschrieben. So weit, so gut. Das sind alles Prinzipien, mit denen man gute Schule machen kann, auch wenn man mit Prinzipien allein nicht weit kommt.

Hürde nach 6

Was aber sollte passieren, wenn die neue, reformpädagogisch eingefärbte Schule nach der sechsten Klasse zu Ende geht? Denn das war ja der Beschluss, sechs Jahre gemeinsames Lernen und nicht mehr. Nun hatte sich bereits vor der letzten Bürgerschaftswahl in Hamburg die allein regierende CDU dazu durchgerungen, die längst von den meisten Schülern verlassene Hauptschule aufzugeben.

Zusammen mit Realschulen und den in Hamburg zahlreichen Gesamtschulen sollte sie in eine »Stadtteilschule« – was immer das heißen soll – überführt werden. Dort soll das Abitur ebenfalls möglich sein, nach insgesamt 13 Jahren. Natürlich waren die Reformen um die grüne Schulsenatorin Christa Goetsch besorgt, die Stadtteilschule könnte sich dem Hoffnungsziel einer »Schule für alle« gar nicht erst nähern, bevor sie schon wieder die neue Restschule geworden ist. Würden die meisten Familien nun nicht erst recht in den Sog des Gymnasiums geraten, wenn nur noch eine A- und eine B-Schule nach der Primarschule zur Wahl stehen? Also erwog man Quoten fürs Gymnasium und ließ dieses Vorhaben gleich wieder fallen, als es in der Öffentlichkeit Gegenwind auslöste.

Neue Selektion

Und dann machten die Primarschulreformer den größten denkbaren Fehler. Sie untermauerten ihre pragmatischen Lenkungsabsichten nach der sechsjährigen Schule mit einer kühnen Hilfskonstruktion: Nach sechs Jahren der reformierten Primarschule, so wurde behauptet, könnten die Lehrer, künftig ausgestattet mit Kompetenzrastern und Kompetenztest, verlässlich entscheiden, ob sie ein A-Kind für die Welt des Gymnasiums oder nur ein B-Kind, das im Stadtteil bleibt, vor sich haben. In der Schulbehörde an der Macht, und verpflichtet den politischen Kompromiss umzusetzen, wurden über Nacht aus Kritikern des selektiven Systems Konstrukteure einer renovierten Variante und die zogen nun die Wut auf dieses System auf sich. Um die neue »Stadtteilschule« gegen den gymnasialen Sog zu schützen, machten sie sich als nächstes daran den sogenannten Elternwillen abzuschaffen. Diesen hatten vor 30 Jahren gegen manchen Widerstand der Gymnasiallobby in Hamburg sozialdemokratische Gesamtschulanhänger durchgesetzt, nachdem sie die Hoffnung auf eine integrative Umstellung des gesamten Schulsystems begraben mussten. Die gymnasiale Fraktion fürchtete damals,

dass der Run aufs Gymnasium dadurch neuen Schub bekommt und es aufhört die höhere Schule zu sein. So kam es denn auch. Außerdem brachte der Elternwille für Hamburg einen in Deutschland einmaligen Ausbau der Gesamtschulen mit sich. Aber nun, 30 Jahre später, wurde die Rücknahme dieses Elternwillens von all denen, die inzwischen auf den Besuch des Volksgymnasiums setzen – und das ist die Mehrheit, in manchen Hamburger Stadtteilen gehen 80 Prozent der Kinder zu dieser neuen Quasigesamtschule – als Androhung gesehen, ihren Kindern eine Voraussetzung für die Karriere streitig zu machen. Eine Initiative konnte daraufhin über 180.000 Unterschriften für ein Volksbegehren sammeln und damit einen Volksentscheid erzwingen, wenn der Senat nicht vorher klein beigibt. Der sogenannte Elternwille, das wurde von den Grünen schon zugesichert, soll nun doch nicht fallen. Es ist klar, im Kuhhandel zweiter Akt, geht es noch unverbrämter nur um die Macht. Denn wenn sich die Hamburger Regierung mit den Reformgegnern, die plötzlich eine Art bildungspolitisches Mandat für sich in der Stadt beanspruchen und das schreibt man ihnen tatsächlich zu, nicht einigt, dann kann es gut sein, dass nach dem Volksentscheid im Sommer das ganze Primarschulprojekt vom Tisch ist.

PS

Bisher allerdings galt der Elternwille nur beim Übergang nach der vierten Klasse. Von der sechsten Klasse an bestimmten die Lehrer, wer in der höheren Schule bleiben darf oder als Rückläufer runter muss. Mal sehen, was der Kuhhandel bringt, um dieses Problem in eine Lösung zu verhandeln, die sich dann bald als neues Problem herausstellt. Am Ende jedenfalls gewinnt so oder so der Zustrom zum Gymnasium. Vielleicht ist das Volksgymnasium in Deutschland ja der einzig mögliche Umweg zu einer Schule für alle.

P.P.S.

Kritik, Zustimmung oder Brainstorming: www.reinhardkahl.de